

Niederschrift

über die Sitzung des Hauptausschusses am 21.11.11

Sitzungsort: A 013

Beginn der Sitzung um 18.00 Uhr.

Ende der Sitzung um 18.45 Uhr.

Vorsitz führte: Bürgermeister Kreuzberg

Mitglieder

- Dahmen ab TOP 4
- Gerharz
- Hosmann
- Klug
- Küster
- Meeth
- Poschmann (1. stellv. Vors.)

- Berg
- Jung, Heinz
- Dr. Petran

- vom Hagen
- Mäsgen

- Pitz

- Dr. Heermann

- Riedel ab TOP 5

Verwaltung

- Kreuzberg
- Brandt
- Freytag
- Schiffer
- J.v. Bothmer
- Nix
-
-
-
-
-
-

Schriftführerin

M. Müller

Gäste

-
-
-
-
-
-
-
-
-
-

Stellvertretende Mitglieder

- | | | |
|-------|---|-----|
| CDU | <input type="checkbox"/> Vetterling | CDU |
| CDU | <input type="checkbox"/> Boley | CDU |
| CDU | <input type="checkbox"/> Stilz | CDU |
| CDU | <input type="checkbox"/> Dr. Dahm | CDU |
| CDU | <input type="checkbox"/> Ehrenstein | CDU |
| CDU | <input type="checkbox"/> Fischer | CDU |
| CDU | <input type="checkbox"/> Dr. Frantziach-Immenkeppel | CDU |
| | <input type="checkbox"/> Hans | CDU |
| SPD | <input type="checkbox"/> Hepp | CDU |
| SPD | <input type="checkbox"/> Kirf | CDU |
| SPD | <input type="checkbox"/> Köllejan | CDU |
| | <input type="checkbox"/> Pohl | CDU |
| Grüne | <input type="checkbox"/> Pütz | CDU |
| Grüne | <input type="checkbox"/> Rau | CDU |
| | <input type="checkbox"/> Simons | CDU |
| | <input type="checkbox"/> Grafe | SPD |
| | <input type="checkbox"/> Weesbach | SPD |
| | <input type="checkbox"/> Blanke | SPD |
| | <input type="checkbox"/> Jung, E. | SPD |
| | <input type="checkbox"/> Klein | SPD |
| | <input type="checkbox"/> Richter | SPD |
| | <input type="checkbox"/> Vilkman | SPD |
| | <input checked="" type="checkbox"/> Weitz | SPD |

Bürgermeister
Erster Beigeordneter
Stadtkämmerer
Beigeordneter
GLB
01/1

- | | |
|--|-------|
| <input type="checkbox"/> Bortlitz-Dickhoff | Grüne |
| <input type="checkbox"/> Konertz | Grüne |
| <input type="checkbox"/> Niclasen | Grüne |
| <input type="checkbox"/> Dr. Tieke | Grüne |
| <input type="checkbox"/> Weber | Grüne |

- | | |
|---|-----|
| <input type="checkbox"/> Brämer | FDP |
| <input type="checkbox"/> Müller-Neimann | FDP |
| <input type="checkbox"/> Wehr | FDP |

- | | |
|----------------------------------|--------|
| <input type="checkbox"/> Baule | fw/bVb |
| <input type="checkbox"/> Bohlken | fw/bVb |
| <input type="checkbox"/> Mainzer | fw/bVb |

- | | |
|--------------------------------|-------|
| <input type="checkbox"/> Sauer | LINKE |
|--------------------------------|-------|

U

1. Niederschrift vom 26.9.2011	4
2. Doppelhaushalt 2011/12	4
2.1 Aufhebung Sperrvermerk „Sonstige Inanspruchnahme von Rechten und Diensten“ Vorlage-Nr. 9/11 q	4 4 4
2.2 Aufhebung Sperrvermerk „Renault-Nissan-Str. (K7)/DB-Unterführung Vorlage-Nr. 46/11	4 4
2.3 Hilfen zur Erziehung überplanmäßige Ausgabe 2012 für den Ausbau der Vollzeitpflege Bezug: JHA 10.11.2011 Vorlage-Nr. 57/06 y	4 4 4 4
3. Dringlichkeitsentscheidung	4
3.1 Unterhaltungsmaßnahmen Gebäudemanagement hier: überplanmäßige Ausgabe in Höhe von 75.000 € Vorlage-Nr. 49/11	4 4 4
4. Beteiligungsbericht 2010 über die wirtschaftliche und nichtwirtschaftliche Betätigung der Stadt Brühl Vorlage-Nr. 115/95 e	5 5 5
5. Zwischenbericht zur Haushaltslage 2011 mit einer 1. Prognose 2012 Vorlage-Nr. 9/11 r	5 5
6. Antrag	6
6.1 DB-Unterführung der Renault-Nissan-Straße hier: Antrag der Fraktion „Die Grünen“ vom 10.11.2011 Vorlage-Nr. 46/11 a	6 6 6
7. Mitteilung über weitergeleitete Anregungen und Beschwerden gem. § 24 Gemeindeordnung NRW Vorlage-Nr. 45/11	6 6 6
8. Mitteilungen	7
8.1 Bürgerbegehren „Rathausanbau Steinweg bleibt“	7
9. Anfragen	7
9.1 Anfrage nach den Grundlagen des Rechtsgutachtens zur Ablehnung des Bürgerbegehrens hier: Anfrage der SPD-Fraktion vom 7.11.2011 Vorlage-Nr. 164/87 ar	7 7 7 7

9.2 Kommunalaufsichtliches Prüfverfahren hinsichtlich des Ratsbeschlusses über die Unzulässigkeit des Bürgerbegehrens	8 8
9.3 Swap-Geschäfte	8
9.4 Bürgerbegehren „Rathausanbau Steinweg bleibt“	9
9.5 Unterführung Brühl-Mitte	9
9.6 BTV-Halle	9
9.7 Kommunalaufsichtliches Prüfverfahren hinsichtlich des Ratsbeschlusses über die Unzulässigkeit des Bürgerbegehrens	9 9
9.8 Investitionsstau bei der Instandsetzung städtischer Immobilien	9
9.9 Einzelhandelskonzept	10
9.10 Poller Kölnstraße	10
9.11 Servicecenter	10
B) Nichtöffentlicher Teil	11
10. Unbefristete Niederschlagung einer Forderung hier: Zahlung von Unterhalt Vorlage-Nr. 44/11	11 11 11
11. Einstellungen, Beförderungen, Höhergruppierungen und Personalbewegungen Vorlage-Nr. 62/95 cp	11 11

Bürgermeister Kreuzberg eröffnet die Sitzung und stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit der Versammlung fest.

1. Niederschrift vom 26.9.2011

Gegen die Fassung der Niederschrift vom 26.9.2011 werden keine Einwände erhoben.

2. Doppelhaushalt 2011/12

2.1 Aufhebung Sperrvermerk

**„Sonstige Inanspruchnahme von Rechten und Diensten“
Vorlage-Nr. 9/11 q**

Der Hauptausschuss beschließt, den Sperrvermerk zur Kostenstelle 11100000, Sachkonto 542900, sonstige Inanspruchnahme von Rechten und Diensten, aufzuheben.

- einstimmig -

2.2 Aufhebung Sperrvermerk „Renault-Nissan-Str. (K7)/DB-Unterführung Vorlage-Nr. 46/11

Der Hauptausschuss beschließt die Entsperrung der Haushaltsmittel zugunsten der Straßenbeleuchtung für die DB-Unterführung Renault-Nissan-Straße in Gesamthöhe von 15.000 €.

- einstimmig -

2.3 Hilfen zur Erziehung

**überplanmäßige Ausgabe 2012 für den Ausbau der Vollzeitpflege
Bezug: JHA 10.11.2011
Vorlage-Nr. 57/06 y**

Der Rat beschließt eine überplanmäßige Ausgabe bei den Hilfen zur Erziehung in Höhe von 15.000 € für das Jahr 2012. Die Deckung erfolgt durch Einsparung bei sonstigen Finanzaufwendungen (KS 6101000, SK 559903).

- einstimmig -

3. Dringlichkeitsentscheidung

3.1 Unterhaltungsmaßnahmen Gebäudemanagement

**hier: überplanmäßige Ausgabe in Höhe von 75.000 €
Vorlage-Nr. 49/11**

Der Hauptausschuss beschließt im Wege der Dringlichkeit gem. §60 (1) Satz 1 GO NRW eine überplanmäßige Aufwendung/Auszahlung in Höhe von 80.000,-€. Deckung: Steuermehreinnahmen KSt 61010000, SK 401300 (Gewerbsteuer)

- einstimmig -

4. Beteiligungsbericht 2010 über die wirtschaftliche und nichtwirtschaftliche Betätigung der Stadt Brühl
Vorlage-Nr. 115/95 e

Der Hauptausschuss nimmt den Bericht des Bürgermeisters zur Kenntnis.

5. Zwischenbericht zur Haushaltslage 2011 mit einer 1. Prognose 2012
Vorlage-Nr. 9/11 r

Der Hauptausschuss nimmt den Bericht des Bürgermeisters zur Kenntnis.

Stadtkämmerer Freytag erläutert, dass sich die finanzielle Lage der Stadt Brühl gegenüber der ursprünglichen Planung insgesamt positiv verbessert habe. So zeige sich die Aufwandsseite in 2011 weitestgehend stabil, während sich auf der Ertragsseite durch viele positive Entwicklungen eine Verbesserung um 5,4 Mio € ergebe. Der Haushalt sei auf der Basis der Steuerschätzung aus November 2010 erstellt worden. Die Steuereinnahmen seien aber wesentlich höher, sodass das prognostizierte Defizit insgesamt um 6,2 Mio verringert werden könne. Zwar gingen neueste Steuererschätzungen von weiteren Verbesserungen aus; diese haben man hier allerdings nicht eingerechnet, da eine voraussichtliche Wachstumsprognose von 2% wohl nicht realisierbar sei.

Auch für 2012 zeichne sich eine weitere Verringerung des Defizits von voraussichtlich 20 auf 15,7 Mio € ab. Hintergrund sei zum einen ein Anspruch auf höhere Schlüsselzuweisungen und eine erwartete Absenkung der Kreisumlage um ca. 40 %.

Im Ergebnis stellt er fest, dass sich der Doppelhaushalt 2011/2012 bewährt und sich die Situation insgesamt positiv entwickelt habe.

Konkrete Kennzahlen würden noch in den Fachausschüssen behandelt.

Bürgermeister Kreuzberg betont, dass die Stadt schon seit Jahren gut damit fahre, die Haushalte solide und vorsichtig aufzustellen und eher negativ dargestellte Zahlen sich fast immer positiver dargestellt hätten. Im Übrigen bewege man sich in Brühl durch viele mittelständische Unternehmen im Hinblick auf die wirtschaftliche Situation, eher im Mittelfeld, wo man zwar keine absoluten Höchstwerte erreiche, aber auch nicht so tief fallen könne. Krisen hätten Brühl daher zwar auch getroffen, aber nicht so extrem wie benachbarte Städte. Er danke allen Mitgliedern des Verwaltungsvorstandes und insbesondere dem Kämmerer für das Festhalten an dieser Vorgehensweise, und hoffe, auch weiterhin in diesem Sinne agieren zu können.

Fraktionsvorsitzender Pitz (FDP) fragt, ob die Ausgleichsrücklage noch ausreiche und die Nettoneuverschuldung aufgrund des Plus aus 2010 und der nun dargestellten weiteren positiven Entwicklung möglicher Weise gar nicht zum Tragen komme.

Stadtkämmerer Freytag erklärt, dass zwar die Ausgleichsrücklage hätte aufgefüllt werden können, diese aber trotzdem nicht ausreiche, um das Defizit in vollem Umfang abzudecken und daher die allgemeine Rücklage in Anspruch genommen werden müsse.

6. Antrag

6.1 DB-Unterführung der Renault-Nissan-Straße

hier: Antrag der Fraktion „Die Grünen“ vom 10.11.2011

Vorlage-Nr. 46/11 a

Fraktionsvorsitzender vom Hagen (Grüne) stellt fest, dass der erste Teil des Antrages seiner Fraktion hinsichtlich der Beleuchtung der Unterführung sich zwischenzeitlich erledigt habe.

Was die Geschwindigkeitsreduzierung und die Ausweisung als Gefahrenstelle angehe, sei die Aussage des Kreises, dass die Stadt Brühl die entsprechenden Arbeiten ausführen könne und der Kreis die Kosten trage.

Beigeordneter Schiffer berichtet, dass sich eine Beschlussfassung erübrige, da die Ordnungsbehörde zwischenzeitlich eine entsprechende Anordnung erteilt habe. Als zu heikel werde allerdings die beantragte Wegnahme der Mittelmarkierung gesehen. Diesbezüglich sei mit dem Kreis kein Einvernehmen zu erzielen gewesen, was gerade auch im Hinblick auf die Gefahr durch den dortigen LKW-Verkehr folgerichtig sei.

Kritisch müsse er anmerken, dass man als Kommune hier wieder „in die Bresche springe“, obwohl der Kreis dort schon seit vielen Jahren eine zweite Unterführung plane.

Bürgermeister Kreuzberg bittet die Kreistagsmitglieder um entsprechende Intervention. Zwar sei eine zweite Unterführung sicherlich eine kostspielige Angelegenheit; es handele sich allerdings im Hinblick auf die Gefahrensituation um gut angelegtes Geld.

Stellvertretender Fraktionsvorsitzender Berg ist erleichtert, dass dort endlich etwas unternommen werde; man könne auch froh sein, dass dort noch nichts Schlimmeres passiert sei. Das Verhalten des Kreises, der schon seit über 10 oder 15 Jahren an dieser Stelle bisher lediglich Planungen erstellt habe, sei allerdings nicht nachvollziehbar.

7. Mitteilung über weitergeleitete Anregungen und Beschwerden gem. § 24

Gemeindeordnung NRW

Vorlage-Nr. 45/11

Bürgermeister Kreuzberg verweist auf die unübliche Antragseinreichung per Mail. Diesbezüglich werde man künftig noch entsprechende formale Erfordernisse formulieren. Man wolle den Antrag allerdings nun bürgerfreundlich behandeln und zunächst in dieser Form akzeptieren.

Fraktionsvorsitzender Klug (CDU) erläutert, dass sich für seine Fraktion eine Änderung in der Beurteilungsgrundlage ergeben habe. Die Verwaltung habe im Zusammenhang mit dem Bau der Giesler Galerie ein Ergänzungsgutachten zur Darstellung der Entwicklung der Verkehrsströme in Auftrag gegeben. Das Gutachten liege allerdings noch nicht vor. Es sei nicht ausgeschlossen, dass der Bürgerantrag bei der Beratung dieses Ergänzungsgutachtens eine Rolle spiele. Von daher spreche man sich für eine Verweisung an den VKA aus.

Der Hauptausschuss verweist den Antrag von Herrn Christoph Thomas vom 10.11.2011 „Umwidmung der Clemens-August-Straße ab Schiller-/Goethestraße als Einbahnstraße“, Vorlage-Nr. 45/11, an den Verkehrsausschuss.

-einstimmig-

8. Mitteilungen

8.1 Bürgerbegehren „Rathausanbau Steinweg bleibt“

Bürgermeister Kreuzberg führt aus, dass es aus Sicht der Verwaltung keine mitteilungswürdigen Informationen gebe. Man habe noch keine offizielle Mitteilung, ob Klage eingereicht worden sei.

9. Anfragen

9.1 Anfrage nach den Grundlagen des Rechtsgutachtens zur Ablehnung des Bürgerbegehrens

hier: Anfrage der SPD-Fraktion vom 7.11.2011
Vorlage-Nr. 164/87 ar

Bürgermeister Kreuzberg beantwortet die Fragen wie folgt:

1. Stimmen die Presseberichte, dass der Rechtsdezernent Brandt nicht wusste, dass das OVG-Urteil noch keine Rechtskraft hat?

- Ja -

Dass das von der Kanzlei Lenz & Johlen und auch vom Städte- und Gemeindebund neben anderen Gerichtsbeschlüssen zitierte Urteil des VG Köln vom 25.5.2011 noch keine Rechtskraft besaß, war niemandem in der Verwaltung bekannt.

2. Stimmen die Presseberichte, dass der Beigeordnete Schiffer über die mangelnde Rechtskraft informiert war?

- Nein -

Weder in dem entsprechenden Pressebericht der Kölnischen Rundschau vom 22.10.2011 noch des Kölner Stadtanzeigers vom 25.10.2011 lässt sich lesen, dass der Beigeordnete Schiffer über die mangelnde Rechtskraft des Urteils informiert gewesen sei.

Er wird hier lediglich in der Form korrekt zitiert, dass ihm bekannt war, dass die Kanzlei Lenz & Johlen in dem Verfahren vor dem Verwaltungsgericht die beklagte Stadt Leichlingen vertreten hat.

3. Sollte Frage 2 mit „Ja“ beantwortet werden: Woher hat Herr Schiffer diese Informationen bezogen?

- erledigt, siehe oben -

4. Fällt die Prüfung der Zulässigkeit eines Bürgerbegehrens nicht in die Zuständigkeit des Rechtsdezernenten bzw. warum wurde der Beigeordnete Schiffer mit der Einholung der rechtlichen Stellungnahme betraut?

Sowohl der Bereich Beschwerdemanagement einschließlich der Bearbeitung von Bürgeranträgen und Bürgerbegehren als auch das Ratsbüro mit der Zuständigkeit für alle Angelegenheiten der Gemeindeordnung sind keinem der drei Dezernate zugeordnet, sondern dem Bürgermeister direkt unterstellt.

Dem Bürgermeister obliegt gem. § 62 GO die Leitung und Verteilung der Geschäfte. Er kann im Rahmen dieses Organisationsrechtes und in seiner Verantwortung für das Funktionieren der Verwaltung den Geschäftsbereich seiner Bediensteten nach seinem Ermessen bestimmen.

Der Bürgermeister kann daher entscheiden, wen er mit der Erledigung konkreter Aufgaben in dem ihm unterstellten Bereich beauftragt.

So, wie der Rat alle Angelegenheiten in Sachen „Bürgerbegehren Rathaus“ an den Hauptausschuss übertragen hat, hat der Bürgermeister das Projekt in der Verwaltung federführend dem Beigeordneten Schiffer übertragen.

Im Rahmen der Herrn Schiffer übertragenen Projektleitung war dieser auch zuständig für die Anforderung des Rechtsgutachtens.

5. Waren Sie, Herr Bürgermeister, über den Umstand informiert, dass das Urteil noch keine Rechtskraft hatte?

- Nein, siehe Antwort zu Frage 1) -

6. Warum wurde der Rat nicht über die mangelnde Rechtskraft des Urteils informiert?

- erledigt -

7. Hat es in irgendeiner Form eine Absprache darüber gegeben, den Rat nicht zu informieren?

- erledigt -

8. Wie lässt sich das Nicht-Weitergeben der Informationen mit dem Neutralitätsgebot von Wahlbeamten (siehe Landesbeamtengesetz) vereinbaren?

- erledigt -

9.2 Kommunalaufsichtliches Prüfverfahren hinsichtlich des Ratsbeschlusses über die Unzulässigkeit des Bürgerbegehrens

Fraktionsvorsitzender vom Hagen (Grüne) fragt, ob die Stadt bereits eine Stellungnahme an den Landrat abgegeben habe.

Bürgermeister Kreuzberg bestätigt dies.

Fraktionsvorsitzender vom Hagen (Grüne) fragt, wann der Bürgermeister die Vorlage hinsichtlich der Pläne für den neuen Rathausanbau erstelle, die er nach dem Vortrag von Herrn Dr. Reuber im Hauptausschuss zugesagt habe.

Bürgermeister Kreuzberg erklärt, dass diese erst vorgelegt werde, wenn man wisse, wie es weiter gehe.

9.3 Swap-Geschäfte

Fraktionsvorsitzender vom Hagen (Grüne) fragt, ob die Stadt Brühl auch Swap-Geschäfte getätigt habe und sich an der Klage gegen die West LB beteilige.

Stadtkämmerer Freytag teilt mit, dass der Rat verschiedene Swap-Geschäfte beschlossen habe. Falls Herr vom Hagen allerdings die derzeit in der Presse diskutierten Geschäfte meine, so handele es sich hier um Währungsgeschäfte, die die Stadt nicht getätigt habe.

9.4 Bürgerbegehren „Rathausanbau Steinweg bleibt“

Fraktionsvorsitzender Dr. Heermann (fw/bVb) fragt, wann das Rechtsgutachten in Auftrag gegeben worden sei, wann es bei der Stadt Brühl angekommen sei und wann der NWStGb beauftragt worden sei, ein Rechtsgutachten zu erstellen.

Darüber hinaus hätte er gerne gewusst, ob durch die beiden Gutachten Kosten entstanden seien.

Bürgermeister Kreuzberg führt aus, dass bekannt sein dürfte, dass Kanzleien nicht umsonst arbeiteten. Dem NWStGB müssten selbstverständlich keine Gebühren erstattet werden.

Beigeordneter Schiffer vermutet, dass sich hinter den ersten Fragen eine gewisse Unterstellung verberge. Er habe allerdings bereits in der Ratssitzung dargelegt, dass das Gutachten von Lenz und Johlen bereits vorgelegen habe, als der NWStGb befragt worden sei.

Anmerkung der Schriftführerin:

Wie im vorliegenden Rechtsgutachten der Kanzlei Lenz und Johlen eingangs vermerkt, ist dieses am 22.9.2011 in Auftrag gegeben worden.

Die Kosten für die Erstellung des Gutachtens belaufen sich auf 3.102,93 €.

Die Anfrage an den Städte- und Gemeindebund ist mit Schreiben vom 5.10.2011 erfolgt (siehe auch entsprechender Hinweis in der vorliegenden Stellungnahme des NWStGB vom 11.10.2011).

9.5 Unterführung Brühl-Mitte

Fraktionsvorsitzender Dr. Heermann (fw/bVb) fragt, ob die neuen Farbschmierereien beseitigt würden.

Bürgermeister Kreuzberg teilt mit, dass die Unterführung in dem Projekt „Achse Balthasar-Neumann-Platz – Steinweg“ enthalten sei. Von daher stünden dort ohnehin Arbeiten an. In diesem Rahmen werde die Unterführung hell und freundlich hergerichtet. Ansonsten würden Graffiti-Verschmutzungen durch eine mobile Einsatztruppe immer so schnell wie möglich beseitigt.

9.6 BTV-Halle

Fraktionsvorsitzender Dr. Heermann (fw/bVb) berichtet, dass Klage geführte werde von den Anwohnern im Bereich von-Wied-Straße hinsichtlich der Lärmbelästigung durch die sportlichen Veranstaltungen in der BTV-Halle. Er fragt, ob die Stadt hier ordnungsrechtlich etwas unternehmen könne.

Stadtkämmerer Freytag erklärt, dass man einer Sache – die allerdings s. W. nichts mit Lärmbelästigung zu tun habe - nachgehe. Hier gebe es noch keine Rückmeldung. Das Thema sei aber bekannt und werde geprüft.

9.7 Kommunalaufsichtliches Prüfverfahren hinsichtlich des Ratsbeschlusses über die Unzulässigkeit des Bürgerbegehrens

Fraktionsvorsitzender Riedel (LINKE) fragt, ob auch hinsichtlich der Eingabe seiner Fraktion eine Stellungnahme seitens der Verwaltung abgegeben worden sei.

Bürgermeister Kreuzberg bestätigt dies.

9.8 Investitionsstau bei der Instandsetzung städtischer Immobilien

Fraktionsvorsitzender Riedel (LINKE) fragt, ob es eine entsprechende Liste gebe, die abgearbeitet werde. Er denke hier insbesondere an das Haus Gartenstraße.

Bürgermeister Kreuzberg erklärt, dass es selbstverständlich eine entsprechende Liste gebe, die seitens der GEBAUSIE erstellt und die auch im Rahmen der Haushaltsberatungen regelmäßig behandelt werde.

Stadtkämmerer Freytag verweist auf den Haushaltsplan, Band II, Seiten 302 – 305.

9.9 Einzelhandelskonzept

Fraktionsvorsitzender Pitz (FDP) bittet für die morgige PSTA-Sitzung um Prüfung, ob es richtig sein könne, dass gerade die Dinge, die den Rat gestört hätten - wie z. B. der Zoofachhandel -, seitens der Verwaltung weiter befürwortet würden. Der Rat habe bekanntermaßen das Einzelhandelskonzept gerade aus diesen Gründen abgelehnt. Darüber hinaus bitte er um Prüfung, ob der Rat nicht dadurch, dass er in der letzten Ratssitzung die Entscheidung übernommen habe, die Zuständigkeit an sich gezogen habe. Es könne seines Erachtens nicht richtig sein, dass der PSTA den Rat aushebele und in eigener Kompetenz entscheide.

Bürgermeister Kreuzberg erklärt, dass der Rat die Entscheidungskompetenz nicht an sich gezogen habe. Deshalb sei der PStA nach wie vor zuständig.

Beigordneter Schiffer ergänzt, dass der PStA seine Kompetenzen nicht an den Rat abgegeben, sondern lediglich die Beschlussfassung vertagt habe. Damit sei keine Veränderung in der Beschlusskompetenz vorgenommen worden.

In der Sache selbst bestehe durch die Ablehnung des Rates nun die Situation, dass man kein gültiges und gesetzlich vorgeschriebenes Einzelhandelskonzept habe. Es habe strittige Punkte gegeben; daher habe man den Beschlussvorschlag für den PStA auch dahingehend differenziert, dass über die einzelnen Punkte nun einzeln abgestimmt werden könne.

9.10 Poller Kölnstraße

Ratsfrau Küster fragt, wann die Absperrpoller endlich angebracht würden.

Stadtkämmerer Freytag berichtet, dass es Probleme hinsichtlich der Regelung der Zufahrt durch Polizei- und Rettungsfahrzeuge gegeben habe. Von daher stehe noch kein genauer Zeitpunkt fest.

Bürgermeister Kreuzberg ergänzt, dass es sich hier um ein Problem der Frequenz handele, die für alle Polizei- und Rettungsfahrzeuge vereinheitlicht werden müsse. Die Lösung sei wohl nicht einfach und verursache die Verzögerung.

9.11 Servicecenter

Fraktionsvorsitzender Dr. Petran (SPD) fragt, ob die Verwaltung die Realisierung des Projektes weiter verfolge oder die diesbezüglichen Tätigkeiten und die Umsetzung des Ratsbeschlusses eingestellt würden. Insbesondere gehe es um die Erstellung eines Raumbedarfsplanes.

Bürgermeister Kreuzberg erklärt, dass intern weiter gearbeitet werde, ohne direkte Fakten zu schaffen. Eigentlich hätte man bereits während der Unterschriftensammlung weiter nach vorne preschen können. Dies habe man aus Rücksicht auf die Bürger nicht getan. Man könne allerdings z. B. Raumpläne schon erstellen, um zu gegebener Zeit entsprechend vorbereitet zu sein.